

# Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Montag ausserdem. Der monatliche Belegpreis durch Post beträgt 3.00 Reichsmark, durch Postabnahme ohne Belegpreis 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark, zu 10 Pfennige Zeitungsgebühr. © 1926 Halle'sche Zeitung. Halle. Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle“.

Die Halle, die im gleichen Verlage in der „Halle'schen Zeitung“ erscheint, betriebsweise durch den Verlagsgesellschaft Halle, Halle, Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle“.

## Neues in Kürze.

### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichspräsident v. Hindenburg hat auf ein Begrüßungstelegramm, das die Kölner Studentenschaft auf dem am Sonnabend veranstalteten Befreiungstommers an ihn gerichtet hat, folgende Antwort gegeben: Die deutschen Griffe zum Befreiungstommers der Kölner Studentenschaft erwidere ich auf das herzlichste. V. Hindenburg, Reichspräsident.

An dem Befreiungstommers nahmen u. a. Dr. Stresemann und Marx sowie der preussische Kultusminister Weber teil. Dr. Stresemann hielt eine Ansprache, in der er die Hoffnung auf Klärung des gesamten Rheinlandes aus sprach.

Somit das Programm bis jetzt festliegt, wird der Reichspräsident zum Besuche des besetzten Gebietes am 21. März, normirt bis gegen 9 Uhr, in Köln antommen, wo er u. a. vom Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und dem Oberbürgermeister der Stadt Köln empfangen werden wird.

Die Bürgerliche Bewegung hat im Radibischen Landtag eine Anfrage eingebracht, ob es richtig sei, daß den Schülern die Zugehörigkeit zum Jungdeutschen Orden verboten, die zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dagegen erlaubt sei.

Wie verlautet, sind die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und der Reichsbahn-Gesellschaft über die Gewährung eines Zinsentzuges zur beschleunigten Vergütung von Reichsbahnaufrufen nunmehr zu einem Abschluß gelangt. Die Reichsbahn wird aus dem Kredit in erster Linie überaus und Kreditbewilligungen vergeben, sowie Wagenbestellungen vornehmen, Ueber die Bedingungen des Kredits wird noch verhandelt.

Entsprechend dem Wunsch des Reichstages hat der Reichsarchivar nunmehr auch diejenigen höher besetzten Angestellten zum Besuche der Gedenkfeier eingeladen, die in den letzten zwei Jahren vor Eintritt ihrer Unterstellungsbedürftigkeit nicht leben, sondern nur drei Monate eine angestellterwerbungsbedürftige Beschäftigung ausgeübt haben.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages wurden die Anträge der Deutschen Volkspartei auf Beschleunigung der Durchführung des Wohnungsbauprogramms, Hebung der Wohnungsbaubereitschaft und schleunige Verwirklichung des vorliegenden Reichsgesetzesentwurfes über die Arbeitslosen-Versicherung sowie auf Einrichtung und Durchführung von Fortbildungskursen besonders für hiesige landwirtschaftliche Angestellte angenommen. Ebenso als sozialdemokratischer Antrag, daß die aus dem Reichsfinanzministerium eingehenden Altkassen- und Zinsberichte reiflos dem Wohnungsneubau zugeführt werden sollen.

Das Finanzamt in Barmen hat Massenbefragungen wegen Einkommensteuern veranlaßt. Infolgeamt wurden 13 Barmener Bürger wegen Hinterziehung von Lohn- und Einkommensteuer zu zusammen 13.500 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Nach einer Mitteilung des Finanzamtes sollen weitere umfangreiche Befragungen zu erwarten sein.

Am Tage der Wiederkehr der Erschießung Andreass Hofers in Wittenau hatte der Bund Oberland gemeinsam mit dem Andreass-Hofer-Bund in Wittenau eine Kundgebung als Gedenkfeier und gegen die kulturelle Verdrängung des Deutschtums in Südtirol in den Großen Saal des Könenbüttelers einberufen, die außerordentlich stark besucht war.

Polnische Zeitungen aus Wilna zufolge hat am 19. d. M. mittags eine 50 Mann starke, unter Führung eines Offiziers stehende polnische militärische Abteilung ein an der polnisch-litauischen Grenze gelegenes strittiges Landstück nicht weit von Rodzaje besetzt. Wie „Kurier Poranny“ behauptet, ist besetzt polnische Seite die Hälfte, eine militärische Organisation zu unternehmen.

Der französische Ministerrat hat beschlossen, beim Außenministerium ein spezielles jüdisches Departement zu errichten. Weiter wird der Besetzung der des Departements für religiöse Angelegenheiten sein. Die Errichtung dieses Departements steht im Zusammenhang mit dem Interesse, das die französische Regierung seit einiger Zeit den jüdischen Fragen, insbesondere dem Palästinaaufbau widmet.

Wie aus Genf gemeldet wird, wird der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond, in den nächsten Tagen nach London ziehen.

Der Meldung eines Berliner Blattes aus Beijing zufolge finden in Nordchina kurze Truppenbewegungen statt. Man rechnet mit der Wahrscheinlichkeit neuer Umwälzungen, die sich voraussichtlich wieder um Tientsin entwickeln werden. Wie die Agentur Inbo-Paoli aus Beijing berichtet, hat die Vereinigung gegen Japan gegen die Wiedererrichtung der Durchfuhrung der beschlossenen Konfiskation japanischer Waren angedeutet.

## Fürstenenteignung und Hausbesitz.

### Der nächste Schritt der Kommunisten.

Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtags hat einen Vorkaufsbeschluss eingebracht zur Verhinderung des Mietwunders und zur Befreiung der Wohnungsmisere. Danach sollen die Mieten für die nächsten 15 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes 85 v. H. der Friedensmiete nicht übersteigen.

Der Kapitalanteil des Eigentümers eines bebauten Grundstücks an dessen Friedenswert soll gleich den Hypotheken und Grundschulden gemäß dem Aufwertungsgehalt nur auf 25 v. H. des Friedenswertes angewendet werden. Der Unterliebsbeitrag zwischen den angewerteten Summen und dem Restwert des Grundstücks soll zu Gunsten des Reiches als Sicherheitshypothek in das Grundbuch eingetragen werden. Hausgrundstücke bis zu einem Friedenswert von 8000 RM, sollen davon befreit bleiben. Die Verzinsung jählicher Lasten des Hauses soll mit jährlich fünf Prozent erfolgen.

Der Schwerpunkt der Grundstücke soll 62,5 Proz. des Friedenswertes betragen.

Der Zinsersatz des Reiches aus den Sicherheitshypotheken soll für laufende Inflationsgeldguthaben, für Mietsbesitzern an Kriegsbefähigte, Hinterbliebene, Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner usw. und zum Hauptanteil für den Bau von Klein- und Mietswohnungen bereitgestellt werden.

Die Mieterguthabe sollen bis zum Ablauf des Initiativ-Gebotes verlängert werden. Die gemeinschaftliche Vermietung der Vermietung von Wohnräumen ist verboten werden. Zur wirksamen Durchfuhrung der Bestimmungen soll ein Reichs-Wohnungsamt eingerichtet werden. Mieter, Kleingärtner, Giebler, Bodenreformer und gemeinnützige Bauvereinigungen als Sachverständige zu hören hat.

Als einen der Gründe gegen den Vorkaufsbeschluss der Marxisten auf entfähigungslose Erben, die einen Kaufvertrag eingegangen sind, daß diese tabuläre Veräußerung des in der Verfügung garantierten Privatigentums weitere Schritte gegen das Privatigentum und sie zum Kommunismus bringen würden. Die Kommunisten warnen den Vorkaufsbeschluss gar nicht einmal ab, sondern stellen nunmehr obigen Antrag, der zwar rein juristisch das Privatigentum an den Häusern aufrechterhält, praktisch aber auf eine Enteignung des Hausbesitzes hinausläuft.

### Der Preis.

Durch den das erreicht wird, liegt in dem Sachwert der Grundstücke soll 62,5 Proz. des Friedenswertes betragen. Jedermann weiß, daß die Häuser heute nicht annähernd 62,5 Proz. des Friedenspreises, sondern kaum die Hälfte wert sind. Man würde sich nun einmal die Folgen des kommunistischen Planes an dem Beispiel eines Mietshauses im Friedenswerte von 100.000 Mark vor Augen:

Das Haus wird mit 62,5 Proz., also mit 62.500 Mark bewertet. Das Reich erhält darauf eine Sicherungshypothek von 75 Proz. = 46.875 Mark. Diese Hypothek soll mit 5 Proz. = 2.343,75 Mark verzinst werden. Da natürlich eine Erhöhung der Mieten nicht erfolgen soll — denn der angebotene Mietszins ist für die Hauseigentümer — so ergibt sich: der Hauseigentümer, der von der normalen Friedensmiete des 100.000 Mark wertigen Hauses nur etwa 6000 Mark heute nur 80 Prozent 28 Proz. gleich 52 Proz. (80 Proz. gebliebene Miete, davon ab 28 Proz. Hauszinssteuer), also 3120 Mark erhält, muß von diesen 3120 Mark als Verzinsung der Reichshypothek von 75 Proz. 2343,75 Mark zahlen. Es verbleiben ihm also 776,25 Mark, ein Betrag, der nicht einmal ausreicht,

## Der Kampf um die Völkerbundsfische.

Am Mittwoch wird im englischen Unterhaus die Frage der Zulassung des Völkerbundesvertrages verhandelt werden.

Lord Harcourt, der Mitglied der Arbeiterregierung war, wird beantragen, das Haus möge erklären, daß es nicht mündigenswert sei, aus Anlaß des Vertrages Deutschlands um Zulassung zum Völkerbund und auf Zulassung eines künftigen Sitzes im Völkerbund in Einklang mit dem Botschafter der Frage einer allgemeinen Umgestaltung des Völkerbundes zu verhandeln. Zu der Frage der Vermehrung der Mitglieder des Völkerbundes spricht Lord George in den „Sunday News“.

Wenn Italien sich Frankreich und Polen anschließt, hat dem Verlaufe Deutschlands Austritte im Mai zu neutralisieren, d. h. wird der Besatz

um die jährlichen Reparaturen eines Hauses im Friedenswert von 100.000 Mark ordnungsgemäß vornehmen zu lassen, besonders wenn auf dem Hause noch Hypotheken ruhen, deren Zinsen von den 776,25 Mark abgehen.

Die ganz selbstverständliche Folge würde sein, daß sämtliche oder nahezu sämtliche Hauseigentümer ihr Eigentum abgeben, um nicht zu all den Unannehmlichkeiten und Wägen, die Hauseigentum mit sich bringt, auch obendrein noch Beiträge zu zahlen.

Man aber wird aus dem von den Eigentümern aufgegebenen Häusern? Um eine Hypothek nicht zu verlieren, muß das Reich als Hypothekengläubiger die Häuser übernehmen. Also praktisch läuft der ganze Plan auf eine Enteignung des Hausbesitzes hinaus, ganz im Sinne des Kommunismus.

Daß der neue Hauseigentümer Staat seinerseits die Zinsen den privaten Hypothekengläubigern bezahlt, kann bei der antikomunistischen Einstellung der Kommunisten nicht erwartet werden. Also auch die Hypothekengläubiger werden ruiniert. Ebenjensmäßig natürlich der neue Eigentümer Staat seine eigene 75proz. Hypothek, also wird den Kriegsbefähigten, Hinterbliebenen, Erwerbslosen usw., denen angeblich der ganze Plan zugute kommen soll, in keiner Weise gebietet. Und der nächste Schritt, um einen ähnlichen furchtbaren Verfall der Häuser wie in Rußland bei uns zu verhindern, würde dann die Erschießung neuer Mittel sein müssen.

Daß diese Erschießung durch Enteignung des sonstigen, nicht aus Häusern bestehenden Grund- und Sachwertes erfolgen würde, ist ganz selbstverständlich. Denn die gleiche Selbstentwertung, die die Kommunisten für die Arbeiterklasse anstreben, wird ja auch für alle anderen Sachwerte gelten. Mit einem Wort: das Aufwertungsgehalt soll dazu dienen, um das gesamte Privatigentum aufzuheben und den Kommunismus einzuführen.

Schließlich bekommen diejenigen Nichtkommunisten, die einen unkomunistischen Antrag der enteignungslosen Enteignung der Parteien heigen, jetzt doch einen Begriff, worauf es hinausläuft, wenn mit der Verlegung des Privatigentums erst einmal ein Anfang gemacht wird. Ist der erste Schritt getan, hat der Kommunismus sich in der Zukunft demgegenüber erst durchgesetzt.

Denn gibt es kein Halten mehr. Und daß es mit dem Rest von Existenzmöglichkeiten unterer Klassen, insbesondere mit den Existenzmöglichkeiten unterer Arbeiterklassen vorbei ist, wenn Industrie, Handel und Grundbesitz enteignet und in Händen der Diktatoren des Proletariats sind, das sieht nachdrager jedes Kind. Rußland mit seinen unermesslichen Verfalls- und seinen 85 Proz. Bauern, leidet unter ähnlichen Hungertagen:

woon sollen denn wir Deutschen unter kommunistischer Wirtschaftsführung erst leben, die wir weder zu 85 Proz. Bauern sind, noch auch nur die Hälfte der eigenen Söhne unserer Bauern Land genug haben?

An dem Tage, an dem bei uns der Kommunismus aus Ruher käme, würden wir von der übrigen Welt genau so blodiert wie Rußland, und wären rettungslos verloren. In unser Land aber würden die feindlichen Speere unserer jüdischen und weissen Nachbarn einwirken. In Zukunft, nach dem Antrage Spencers, England, Dänien usw. in Rußland, um den neuen Revolutionskrieg mit Feuer und Schwert zu vernichten.

Es das das Schicksal, das sich unser gequältes deutsches Volk selbst bereiten will? Dr. J. Eis.

## Faschismus in Frankreich.

In Verdun wurde gestern die 10. Wiederkehr des Tages, an dem die Offensive eröffnet wurde, von den nationalfaschistischen Parteien durch Gedenkfeste begangen. Zu gleicher Zeit mit den nationalfaschistischen Parteien hielt die neugegründete französische faschistische Partei ihre, wie sie sich ausdrückt, erste Versammlung ab. Dazu sollen 4000 Delegierte aus allen Parteien Frankreichs nach Verdun kommen sein und das Programm des französischen Faschismus angenommen haben. In einem Appell an das Land erklärten sie, man werde die Abkündigung des ohnmächtigen Parlamentarismus erzwingen, durch die ehemaligen Frontkämpfer eine nationale, über den Parteien stehende Diktatur aufrichten und baldig eine wirkliche Vertretung der nationalen Interessen in der Form zweier Parlamente, einem Parlament der Erzeuger und eines Parlamentes der Familienmitglieder bilden.

Aus Rom wird gemeldet: Die offiziellen Organe der faschistischen Partei fordern in einem Beauftragten zum Zusammenbruch der lateinischen Nationen gegen das Deutschtum an.

## General Smuts sagt seine Meinung.

General Smuts, der bekannte frühere Vorkämpfer und jetzige liberalfaschistische Politiker, landete an die Londoner „Daily News“, eine Zeitschrift betreffend die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, sowie die von einigen Mächten unternommenen Anstrengungen, die Mitgliedschaft des Rates zu erweitern. Es heißt in dieser Wochenschrift u. a.:

Der Beschlag der Erweiterung des Völkerbundes ist gegenwärtig nicht mehr ein bloßer Wunsch, sondern eine Tatsache. Die Völkerbund ist in unzulässiger Weise ausgedehnt und so dem Völkerbund und dem in Locarno vollendeten Werte einen vernichtenden Schlag beibringen. Der Völkerbund ist ein bedauerlich schwach gewesener, aber wenigstens kein Scheitern nicht gelitten. Dieser Vorkämpfer wird ihm weit mehr schädigen als alle Mißerfolge in den letzten fünf Jahren. Die Verteidiger des Völkerbundes und alles dessen, was wahrscheinlich die letzte Hoffnung für Europa ist, müssen ihre Bete dagegen einstellen. Smuts fragt, was aus Locarno und allen großen Hoffnungen von gestern werden würde. Das glänzende Angebot Deutschlands hat ein neues Kapitel eröffnet. Für Deutschland bedeutet Locarno einen freiwilligen, vorläufigen und endgültigen Schritt auf Gleichberechtigung. Scheitert dieses nicht für Frankreich? Sicherlich erfordert wohl die Lage zwischen Deutschland und Frankreich einen erneuten Handel.

## Antrag der Deutschnationalen auf Verfassungsreform.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion Graf Westarp und Genossen hat den Antrag eingebracht, einen Entwurf von 28 Mitgliedern einbringen der Reichsverfassung auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen einer Revision unterzieht, und zwar u. a. in der Richtung:

1. daß Artikel 54 aufgehoben oder mindestens im Sinne der Stärkung der Regierungsgewalt wesentlich abgeändert wird;
2. daß neben dem Reichstag als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung eine Körperschaft eingeführt wird, deren Mitglieder nicht im Wege allgemeiner und direkter Wahlen bestellt werden.

Der Artikel 54 der Reichsverfassung bestimmt: Der Reichstanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Beirates des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Der Antrag ist umjornet anzuerkennen als er von der Opposition ausgeht, die auch im Falle der Annahme damit im Interesse des Staatsparlamenten den Eintritt in die Regierung freiwillig selbst erzwungen. Nach 28 Mitgliedern einbezogen die Mitte und die Rechte ernstlich die Absicht haben, an einer Gebildung unserer politischen Verhältnisse mitzuwirken.

Besonders zu begrüßen ist auch Punkt 2 des Antrages auf Schöpfung einer zweiten Kammer. Dadurch, daß man sich in Weimar über die Gesetzgebungen aller parlamentarisch regierten Länder hinwegsetzt, indem man die alte Kammer — „Herrenhaus“, „Oberhaus“, „Senat“, beibehält, hat man die einzige Einrichtung über Bord geworfen, die in den milden Drängen der Parteieninteressen und der Straße dem Staatsparlament wenigstens eine gewisse Stetigkeit des Kurzes geben konnte.

Wiederum wird es nicht leicht sein, sich auf einen Weg der Revision der Mitglieder dieser zweiten Kammer zu einigen, wenn die Revision der deutschnationalen Antrag mitwirkend wird durch allgemeine und direkte Wahlen erfolgen soll.

